

Ein politisches Erdbeben für Europa

Von Peter Helmes

Das Versagen des Bundeskanzlers

Eines der bedenklichsten Ergebnisse der Europawahl ist der Erfolg populistischer und rechtsextremer Parteien. Eigentlich bräuchte es jetzt ein starkes Europa, eine EU, die liefert und Antworten bereit hat. In Moskau macht Wladimir Putin keine Anstalten, seinen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine einzustellen. China greift mit Dumpingpreisen Europas industrielle Basis an, und im November droht in den USA möglicherweise ein Comeback von Donald Trump. Doch nach der Europawahl vom Wochenende steht die Europäische Union eher geschwächt und verunsichert da.

Und der deutsche Bundeskanzler bzw. das von ihm zu vertretende Wahlergebnis tragen nichts zur Stärkung Europas bei. Das Abschneiden der SPD bei der Europawahl ist somit auch eine persönliche Niederlage von Bundeskanzler Olaf Scholz. Hinzu kommt ein Erstarren der Rechten gerade unter den jungen Wählern. Viele Jungwähler gaben bei der EU-Wahl rechten Parteien ihre Stimme. Die AfD legte bei den 16- bis 24-Jährigen elf Prozentpunkte zu. Die Grünen büßen dort sogar 23 Punkte ein. Und eine weitere Überraschung: Der Rechtsruck bei den Europawahlen stärkt die Position der FDP und bedroht somit den Fortbestand der Ampel-Regierung.

Der Vormarsch der Populisten und Rechtsextremen war zwar prognostiziert worden. Aber am Ende überrascht die Wucht doch, mit der in Paris Emmanuel Macron desavouiert und in Deutschland die regierenden Sozialdemokraten von Olaf Scholz deklassiert wurden. Frankreich und Deutschland geben in der EU oft Tempo und Richtung vor. Dieser deutsch-französische Motor wird noch weniger Zugkraft haben als bisher. Scholz und Macron dürften in nächster Zeit mit politischen Aufräumarbeiten und mit ihren nationalen Agenden so beschäftigt sein, daß sie für die Bewältigung politischer Zukunftsaufgaben wohl nicht mehr genügend Kraft aufwenden können.

Wer sich in den Tagen vor der Wahl umgehört hat, wird nicht erstaunt sein. Überraschend viele Menschen sagten da, im privaten Gespräch, sie hätten eigentlich nix mit „rechten Parteien am Hut“ – aber diesmal bekämen sie die Stimme. Grund: Alle anderen Parteien bräuchten dringend einen ‚Denkzettel‘.

Frust wegen der massiven Teuerung, Grant wegen der Corona-Impfpflicht, aber auch Skepsis, was Klimaschutzmaßnahmen angeht, hatten sich in den vergangenen Monaten ausgebreitet. Daß Funktionäre von Rechtsaußen-Parteien eine bedenkliche Nähe zur Partei von Wladimir Putin und auch zu russischen Spionen pflegen, ist für deren Wähler offenbar ebenso nebensächlich wie die zahlreichen, großteils strafrechtlich relevanten, ‚Einzelfälle‘.

Sowohl in Frankreich und Deutschland als auch in den Niederlanden konnten die rechten Flügel große Wahlerfolge verzeichnen. **In vielen Ländern hat sich zudem das konservative Lager behauptet.** Jetzt steht eine großangelegte Umverteilung der Sitze im europäischen Parlament an. Das hat wahrscheinlich eine abgeschwächte Klimaschutz-Politik zur Folge. Zugleich dürfte die Migrationspolitik verschärft werden. Damit wird klar, daß „Grün“ in Deutschland, aber auch europaweit, ausgedient haben wird.

In seinen Grundsätzen zersplittert Europa immer mehr

Entsprechend schwierig wird es sicher auch, sich auf eine gemeinsame Haltung gegenüber Rußland, China und den USA zu einigen. Der Aufstieg der Rechtsaußen-Parteien hat das gute Image Europas, das großen Wert auf die Diversität und Toleranz legt, beschädigt. Doch es gibt auch etwas Positives: Eine Europawahl galt bislang als unpopuläres politisches Event. Diesmal hat sie aber enorm an Aufmerksamkeit gewonnen. Deshalb haben auch die Rechtsaußen Parteien all ihre Kräfte in den Wahlkampf gesteckt. Zum Entsetzen der bisher meinungsführenden Linksgreenen etabliert sich allmählich ein vereintes Europa. Es ist aber kein „progressives“, linkes und grünes Europa, wie es sich die bisherigen „Mehrheitsmeiner“ wohl erträumt hatten, sondern es scheint sich eher eine neue (?) bürgerliche Mitte zu bilden.

Noch ein Wort zur AfD:

Die „Alternative für Deutschland“ ist nicht irgendeine Partei. In drei Bundesländern wird sie als gesichert rechtsextrem eingestuft. Drei von vier Deutschen sehen die AfD einer aktuellen Umfrage zufolge als eine Gefahr für die Demokratie. Viele Menschen haben Angst, daß die Partei ihre Rechte einschränken will, weil sie eine bestimmte Hautfarbe, Religion oder sexuelle Orientierung hätten. Selbst den französischen und italienischen Rechtsaußen ist die AfD zu radikal geworden. Daß mehrere Millionen deutsche Wähler die Partei gleichzeitig als beste Alternative für das Land sehen, dürfte nicht nur Bundeskanzler Olaf Scholz den Schlaf rauben.

In Frankreich hat die rechtsnationale Partei Rassemblement National die Europawahl klar gewonnen. Präsident Macron setzte daraufhin eine vorgezogene Neuwahl der Nationalversammlung an. Diese Entwicklung wirkt wie ein doppeltes Erdbeben:

Es kommt einem Paukenschlag gleich, daß gerade der Staatschef, der sich die Eindämmung des Einflusses von rechts auf die Fahnen geschrieben hat, unter dem Druck der extremen Rechten zu einem derartigen institutionellen Pokerspiel greift. Die Auflösung der Nationalversammlung ist umso merkwürdiger, als der Staatschef während des Wahlkampfes mehrfach darauf hinwies, daß diese Europawahl nicht unbedingt Auswirkungen auf nationaler Ebene haben wird.

Die wahrscheinlichste Konsequenz ist nun, daß die Rechtspopulisten noch vor Eröffnung der Olympischen Spiele den Premierminister stellen. Vielleicht spekuliert Macron genau darauf; vielleicht will er vor 2027 und der nächsten Präsidentschaftswahl den Beweis erbringen, daß der RN die Probleme der Franzosen nicht lösen kann – in der Hoffnung, daß die Wähler, nachdem sie die Rechtspopulisten zwei Jahre lang als Regierung ausprobiert haben, darauf verzichten, die extreme Rechte in den Elysée-Palast zu schicken.

Ein anderer politischer Blickwinkel:

Der Rahmen, in dem sich die Politik in Brüssel bewegt, dürfte sich auch durch die Ergebnisse der EU-Wahl nicht ändern. Zwar blicken die EU-Bürger vermehrt nach rechts, aber die parlamentarische Mehrheit aus Christdemokraten, Sozialisten und Liberalen, die die europäische Politik in den letzten Jahren de facto bestimmt hat, wird mit einem deutlichen Vorsprung weitermachen können. Die extreme Rechte konnte zwar Zuwächse verzeichnen, aber eben nicht genug, um diese Mehrheit zu ersetzen.

Ursula von der Leyen, die Chefin der Europäischen Kommission und Spitzenkandidatin der europäischen Christdemokraten, triumphierte mit der Ankündigung, sie werde eine ‚Bastion gegen die extreme Rechte und Linke‘ errichten. Scheinbar ist also alles in Ordnung – von der Leyens Europäische Volkspartei hat die Wahl gewonnen, eine Koalition mit den Sozialdemokraten und Liberalen wird bestehen bleiben. Trotzdem ist Europa auf einen Kurs

ingeschwenkt, der unangenehme historische Erinnerungen weckt. Die Stimme der extremen Rechten im Europäischen Parlament wird stärker gehört werden.